



Briefing aus Bern

Wieso die Prämien jetzt nicht explodieren, warum Krippen kein Geld bekommen – und wie die Energiewende weitergehen soll

Das Wichtigste in Kürze aus dem Bundeshaus (96).

Von [Philipp Albrecht](#), [Andrea Arežina](#), [Dennis Bühler](#), [Bettina Hamilton-Irvine](#), [Brigitte Hürli-](#)
[mann](#) und [Cinzia Venafro](#), 09.04.2020

Die Corona-Krise kostet die Schweiz Milliarden – gerade auch im Gesundheitswesen. Müssen Sie im nächsten Jahr deshalb mit massiv gestiegenen Krankenkassenprämien rechnen?

Wenn Sie das glauben, sind Sie in guter Gesellschaft. Auch Politikerinnen von links bis rechts warnen bereits vor dem «Prämienschock». Der FDP-Gesundheitspolitiker Joachim Eder beispielsweise, bis vergangenen Winter noch Ständerat, befürchtet Schlimmes: «Das Parlament muss die Explosion der Krankenkassenprämien auffangen!»

FDP-Ständerat Damian Müller fordert einen runden Tisch: Nach einem Rettungspaket für die Wirtschaft brauche es auch ein Paket für das Gesundheitswesen. Ihm schliesst sich die SP-Gesundheitspolitikerin Barbara Gysi an, die auf die Prämienlast für Familien hinweist. Heute gehen im Schnitt 14 Prozent des Familieneinkommens für Prämien drauf.

Doch so nachvollziehbar diese Befürchtungen sind: Sie sind unbegründet. Es wird nächstes Jahr nicht zu einem Prämienschock kommen. Denn die Höhe der Prämien im Jahr 2021 wird nicht von den Kosten dieses Jahres beeinflusst. Die Basis ist eine Prognose der anfallenden Ausgaben für das Jahr 2021.

Doch es gibt noch weitere Gründe, wieso es zu keiner Prämienexplosion kommen wird. Jede Krankenkasse muss Rücklagen bilden, um ausser-

ordentliche Grossereignisse zu überstehen – so verlangt es das Gesetz. Gemeinsam haben die Kassen aktuell ein Polster von gut 8 Milliarden Franken, mehr als doppelt so viel wie verlangt. Was aber, wenn gewisse Kassen mehr Ausgaben haben als andere? In diesem Fall kann auf einen Sicherungsfonds zurückgegriffen werden, der für kurzfristige Liquiditätsengpässe gedacht ist.

Und zu guter Letzt ist es nicht einmal sicher, dass die Krankenkassen aufgrund der Corona-Krise überhaupt höhere Ausgaben haben werden. Zwar ist die Behandlung von Corona-Patienten auf den Intensivstationen teuer. Davon müssen die Krankenkassen aber maximal 45 Prozent übernehmen, den Rest bezahlt die öffentliche Hand. Gleichzeitig dürfen zurzeit keine aufschiebbaren Behandlungen vorgenommen werden.

Aus all diesen Gründen dürfen wir davon ausgehen, dass auf den Corona-Schock nicht auch noch ein Prämienschock folgen wird.

Und damit zum Briefing aus Bern.

Vorab, was der Bundesrat gestern entschieden und bekannt gegeben hat: Der «Lockdown light» wird bis zum Sonntag, 26. April, verlängert. Dann sollen die Massnahmen für die Bekämpfung der Sars-CoV-2-Pandemie schrittweise gelockert werden. «Das Licht am Ende des Tunnels wird sichtbar», sagte Gesundheitsminister Alain Berset gestern an einer Medienkonferenz. Über die Etappen der Lockerung wird der Bundesrat am 16. April entscheiden. Ausserdem will die Regierung die Luftfahrt mit Liquidität versorgen. Mehr dazu erfahren Sie im aktuellen Covid-19-Uhr-Newsletter von gestern Abend.

Wie es mit dem Parlament weitergeht

Worum es geht: Die Parlamentsbüros haben die ersten Traktanden für die ausserordentliche Session festgelegt, die ab dem 4. Mai in den Bernexpo-Hallen stattfindet. Beraten werden nur dringende Geschäfte, die mit der Corona-Krise zu tun haben. Die Kommissionen dürfen unter gewissen Auflagen Sitzungen per Videokonferenz durchführen.

Warum Sie das wissen müssen: Nachdem das Parlament Mitte März seine Session abgebrochen hat, ist der politische Betrieb stillgelegt, der Bundesrat trifft Entscheide im Alleingang. Ab dem 4. Mai bis maximal zum 8. Mai wird das Parlament jedoch trotzdem nochmals zusammenkommen – vor allem, um nachträglich die dringlichen Notkredite zu bewilligen, die der Bundesrat im Zusammenhang mit der Corona-Krise gesprochen hat. Traktandiert ist auch die Genehmigung des Assistenzdienstes der Armee. Ab Montag sind die zuständigen Kommissionen im Bundeshaus zusammengekommen, um die Geschäfte vorzubereiten. Vor der Sondersession können Kommissionen auch per Videokonferenz tagen, solange sie «Skype for Business» benutzen und keine als «vertraulich» klassifizierten Geschäfte beraten.

Wie es weitergeht: Das definitive Programm für die ausserordentliche Session werden die Büros der beiden Kammern am 1. Mai beschliessen. Stand jetzt soll die Sommersession wie geplant vom 2. bis zum 19. Juni stattfinden. Die Parlamentsbüros wollen nach der ausserordentlichen Session entscheiden, wo und unter welchen Bedingungen.

Viel Geld für Firmen, kein Geld für Krippen

Worum es geht: Der Bundesrat hat am letzten Freitag beschlossen, den Rahmen für die Bürgschaftskredite für Firmen im Rahmen der Corona-Krise von 20 auf 40 Milliarden Franken zu verdoppeln. Kein Geld bekommen hingegen die Kinderkrippen: Der Gesamtbundesrat hat Sozialminister Alain Bersets Plan gestoppt, sie mit knapp 100 Millionen Franken zu unterstützen.

Warum Sie das wissen müssen: Die Krippen befinden sich in einer schwierigen Situation. Der Bund hat sie für systemrelevant erklärt und verpflichtet, offen zu bleiben. Gleichzeitig werden die Eltern angewiesen, ihre Kinder nach Möglichkeit selber zu betreuen – bezahlen müssen sie aber trotzdem. Entsprechend verärgert reagiert der Kita-Verband Kibesuisse auf den Entscheid des Bundesrats: Man sei «fassungslos», heisst es in einer Medienmitteilung; der Schweiz drohe eine folgenschwere Betreuungskrise.

Wie es weitergeht: Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Bundesrat in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen hat. Gemäss «Tages-Anzeiger» ist auch ein Teil der bürgerlichen Bundesräte nicht grundsätzlich gegen eine Bundeshilfe. SP-Bundesrat Berset hofft zudem auf die Unterstützung des Parlaments. Wohl nicht zu Unrecht: Die Sozialkommission des Ständerats forderte den Bundesrat am Dienstag auf, Kitas zu unterstützen. Diese seien durch die Krise in ihrer Existenz bedroht.

Arbeitslosigkeit um 15 Prozent angestiegen

Worum es geht: Die Coronakrise treibt die Arbeitslosigkeit in die Höhe: Der Anteil Menschen auf Jobsuche stieg im März von 2,5 auf 2,9 Prozent. Derzeit verlieren in der Schweiz pro Werktag rund 2000 Personen ihre Arbeitsstelle.

Warum Sie das wissen müssen: Normalerweise sinkt jeweils im März die Arbeitslosigkeit – etwa wegen erhöhter Bautätigkeit. Nicht dieses Jahr: 135'624 Personen waren Ende März arbeitslos, 17'802 oder 15 Prozent mehr als Ende Februar. Im Vergleich zum März 2019 beträgt die Zunahme sogar 21 Prozent. Der Lockdown hat dazu geführt, dass das Gastgewerbe kurzfristig kein Personal anstellte und in den Skigebieten die Saison abrupt endete. Der starke Anstieg überrascht sogar Boris Zürcher, Direktor für Arbeit beim Bund, wie er in einem Interview einräumte. Offenbar hat die Kurzarbeit nicht ganz den gewünschten Effekt: «Wir haben mit der Kurzarbeitsentschädigung ein Instrument, das Entlassungen im Prinzip vermeiden sollte. Wir haben dieses Instrument auch massiv geöffnet.»

Wie es weitergeht: Das Staatssekretariat für Wirtschaft geht von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. In welchem Ausmass, hängt von der Dauer des Lockdown ab. Eine Prognose dazu will beim Bund derzeit niemand machen.

Gletscherinitiative: Bundesrat sagt Nein zu Fossil-Verbot

Worum es geht: Die im Herbst 2019 zustande gekommene Gletscherinitiative will die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf null senken. Nun hat der Bundesrat das Umweltdepartement beauftragt, einen direkten Gegenentwurf auszuarbeiten. Das Grundanliegen teilt er.

Warum Sie das wissen müssen: Als verletzliches Alpenland habe die Schweiz ein «ureigenes Interesse daran, den Klimawandel zu begrenzen», teilte der Bundesrat am letzten Freitag mit. Im Gegensatz zu den Initianten will er aber kein explizites Verbot fossiler Energieträger in der Verfassung verankern, womit Parlament und Kantone bei der Umsetzung des Netto-null-Ziels einen grösseren Spielraum erhielten. Das Initiativkomitee zeigt sich skeptisch, ob das Anliegen ohne Verbot zu erreichen ist.

Wie es weitergeht: Das Umweltdepartement wird den Gegenvorschlag bis zum Spätsommer erarbeiten, der Bundesrat schickt ihn dann in die Vernehmlassung. Abgestimmt wird nicht vor 2022. Laut einer ersten Umfrage stösst das Anliegen in der Bevölkerung auf Sympathie.

Energiewende: Bundesrat will Subventionen verlängern

Worum es geht: Bis 2050 möchte der Bundesrat den CO₂-Ausstoss auf netto null senken. Um das zu erreichen, schlägt er diverse Anpassungen am Energiegesetz vor: Unter anderem will er Investitionsanreize setzen und der Strombranche Planungssicherheit für den Ausbau der erneuerbaren Energien verschaffen. An der seit längerem geplanten Liberalisierung des Strommarkts hält er fest.

Warum Sie das wissen müssen: Für die Förderung der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien zahlen Konsumenten in der Schweiz pro Jahr fast 1,2 Milliarden Franken – dazu sagte die Stimmbevölkerung 2017 Ja, als sie das Energiegesetz annahm. Dieses sieht befristete Subventionen vor: bis 2023 für Biogas, Wind und Geothermie, bis 2030 für Solaranlagen, Holz und Wasserkraft. Nun will sie der Bundesrat bis 2035 verlängern. Die Einspeisevergütungen will er durch Investitionsbeiträge ersetzen, die Unterstützung für Grosswasserkraftwerke verdoppeln. Zudem sollen neu auch Privathaushalte ihren Stromlieferanten frei wählen können. Nicht abrücken will der Bundesrat von seinem Ziel, den Strommarkt zu liberalisieren – eine Voraussetzung, falls die Schweiz ein Abkommen mit der EU abschliessen und so Zugang zum europäischen Strommarkt erlangen will. Die Verhandlungen dazu starteten vor bald 13 Jahren.

Wie es weitergeht: Während der bis Mitte Juli laufenden Vernehmlassung haben alle interessierten Kreise die Gelegenheit, sich zu den Vorschlägen zu äussern. Danach überarbeitet das Bundesamt für Energie die Vorlage gemäss den Vorgaben des Bundesrats. Im kommenden Jahr berät und entscheidet das Parlament über das Gesetz.

Bundesanwalt droht mit rechtlichen Schritten

Worum es geht: Bundesanwalt Michael Lauber will mit rechtlichen Schritten gegen eine von der Aufsichtsbehörde beschlossene vorübergehende Lohnkürzung vorgehen.

Warum Sie das wissen müssen: Der Chef der Staatsanwaltschaft des Bundes wurde im September vom Parlament nur knapp für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Sein Vorgehen rund um die Fifa-Strafverfahren wurde von der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft harsch gerügt; Lauber habe mehrfach die Unwahrheit gesagt, illoyal gehandelt, falle durch Uneinsichtigkeit auf und zeige im Kern ein falsches Berufsverständnis. Wegen seiner «erheblichen Pflichtverletzungen» will die Aufsichtsbehörde Laubers Lohn von rund 300'000 Franken ein Jahr lang um 8 Prozent kürzen.

Wie die Zeitungen von CH Media berichten, will der Bundesanwalt diese Lohnkürzung vor dem Bundesverwaltungsgericht anfechten. Ihm stünde danach noch der Weg vors Bundesgericht offen.

Wie es weitergeht: Laubers Umgang mit der Kritik der Aufsichtsbehörde stösst in der Politik auf Unverständnis. Regula Rytz, Parteichefin der Grünen, fordert gar, es sei ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Bundesanwalt einzuleiten. Support bekommt sie von der Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter.

Der Konflikt der Woche

Gelbe Viren auf rotem Grund statt gelber Sterne auf rotem Grund: Die «Weltwoche» hat Ärger mit dem chinesischen Botschafter in der Schweiz, Geng Wenbing. Dieser protestiert gegen einen Artikel und dessen Illustration und fordert von Verleger und SVP-Nationalrat Roger Köppel eine Entschuldigung sowie die Löschung des Artikels im Onlinearchiv. Der Artikel sei Fake News und die Illustration «Lästerung gegen die chinesische Nationalflagge». Brisant: Geng Wenbing schreibt monatlich eine Kolumne in der «Weltwoche», die letzte erschien im Januar. Wie Köppel gegenüber CH Media sagt, sei der Botschafter weiterhin «herzlich dazu eingeladen, in der «Weltwoche» seine Sicht der Dinge kundzutun». Nachdem der «Weltwoche» Ende letzten Jahres vorgeworfen wurde, für Geld eine chinafreundliche Berichterstattung zu forcieren, kommt der Konflikt Köppel offensichtlich nicht ungelegen: Die Reaktion der Botschaft zeige, dass in seinem Magazin auch Platz für Kritik an China sei.

Illustration: Till Lauer